

Thailand quo vadis? Das Königreich sechs Monate nach dem Militärputsch

Bünthe, Marco; Prasse, Kathrin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bünthe, M., & Prasse, K. (2007). Thailand quo vadis? Das Königreich sechs Monate nach dem Militärputsch. *Südostasien aktuell : journal of current Southeast Asian affairs*, 26(2), 67-78. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-336430>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Im Fokus

Thailand quo vadis? Das Königreich sechs Monate nach dem Militärputsch

Thailand Quo Vadis? The Kingdom Six Months after the Military Coup

Marco Bunte und Kathrin Prasse

Abstract

Six months have passed since the Thai military has ousted Prime Minister Thaksin Shinawatra and taken over power. The situation in the country has not eased since then. The military-installed government has proven to be unable to restore peace in the south and to bring the economy back on track. It faced severe problems in providing evidence on Thaksin's alleged corruption. Rumours about the rulers' intention to reduce the scope of public participation perpetuated the public's growing feeling of mistrust. With a down-spiralling economy and a security situation worse than before the coup uncertainty took hold of the Thai citizens and pressed on the government to deliver its ambitious promises timely.

Keywords: Monarchy, Military, Democracy, Thailand

Einleitung

Ein halbes Jahr nach dem Putsch des Militärs vom 19. September 2006 sieht sich Thailands Militärregierung wachsender Kritik konfrontiert. Der angesehene Sozialkritiker und Akademiker Thirayuth Boonmi warf der Militärregierung Untätigkeit vor. Die *Bangkok Post* kritisierte die Zurückhaltung von Premierminister Surayud, die es dem Militär möglich gemacht hätte, seine Position weiter zu konsolidieren (*Bangkok Post*, 26.2.06). Die Militärregierung hat es dabei auch nach einem halben Jahr nicht geschafft, dem Land die erhoffte Stabilität zurück zu geben. Nach wie vor ist die Polarisierung innerhalb des Landes sehr groß und auch Thailands Süden kommt nicht zur Ruhe. Dabei waren gerade die Wiederherstellung der Einheit und die Stabilität des Landes die Hauptmotive für den Armeeputsch vom 19. September gewesen. Welche Entwicklungen sind seit dem Militärputsch vor sechs Monaten zu beobachten? Sind Erfolge bei der

Redemokratisierung zu erkennen oder gelang es dem Militär, seine Machtbasis zu konsolidieren? Der vorliegende Beitrag vertritt die These, dass durch den Putsch die alte konservativ-royalistische Elite wieder an die Macht gelangt ist. Sie okkupiert alle wichtigen Positionen im Staate und gibt auch die Richtung bei der weiteren Demokratisierung des Königreichs vor. Zur Lösung der gewaltigen Probleme, vor die sich das Land gestellt sieht, scheint sie jedoch genauso wenig Rezepte zu haben wie die Vorgängerregierung.

Thailand nach dem Putsch vom 19. September 2006

Am 19. September 2006 setzte die Militärclique um Armeechef General Sonthi Boonyaratkalin den in New York weilenden Premierminister Thaksin Shinawatra ab. In enger Abstimmung mit Krone und Kronrat übernahm die Militärclique um Sonthi Boonyaratkalin in Form des Verwaltungsrats für Demokratische Reformen (Council of Democratic Reforms) die Macht (Bunte 2006). Der Rat, dem alle Waffengattungen angehörten, verhängte das Kriegsrecht und setzte die Verfassung, das Parlament und das Verfassungsgericht außer Kraft. Es verhängte eine Pressezensur und schränkte die bürgerlichen Freiheiten, wie die Pressefreiheit und die Versamlungs- und Demonstrationsfreiheit, ein. Der König legitimierte den Putsch einen Tag später und ernannte den Anführer der Putschisten Sonthi Boonyaratkalin zum Regierungschef. Binnen kürzester Zeit war Thailands Demokratie durch den gut geplanten Putsch zusammengebrochen. Während die USA und die EU die gewaltsame Amtsenthebung des demokratisch gewählten Premierministers Thaksin Shinawatra kritisiert und die rasche Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse eingefordert hatten, gab es in Thailand selbst sehr große Zustimmung. Laut einer Umfrage des Suan Dusit Instituts befürworteten rund 87 Prozent der thailändischen Bevölkerung den Putsch.

Das Militär gab als wesentlichen Grund die grassierende Korruption der Thaksin-Regierung, die schwelende Regierungskrise und die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft an (CDR 2006). Auch in der Präambel der Anfang Oktober erlassenen Übergangsverfassung wird der Putsch als „notwendige Maßnahme“ bezeichnet, um die Fehlentwicklungen im Lande zu korrigieren: die sinkende öffentliche Akzeptanz der amtierenden Regierung, die mangelnde Kontrolle der Regierung und Verwaltung, die die grassierende Korruption noch weiter verschärft haben, ohne die Schuldigen zu bestrafen (Präambel Interim Constitution 2006). Angesichts wachsender innenpolitischer Kritik an der thailändischen Regierung brachte die Militärregierung im Dezember 2006 ein 38-seitiges Weiß-

buch heraus, in dem sie ihre Beweggründe für das Eingreifen erneut verteidigt hat. Sie hält dabei weiterhin an ihrer Argumentation fest und nennt folgende Entwicklungen als Ursachen für den Putsch (*The Nation* 2006):

- Die tiefe Spaltung der thailändischen Gesellschaft in Thaksin-Anhänger und Gegner. Fast alle gesellschaftlichen Institutionen des Landes waren in zwei Lager gespalten.
- Das Versagen von staatlichen Institutionen, die die Macht kontrollieren sollten. Parlament und Senat waren handlungsunfähig. Auch die unabhängigen Institutionen, wie die Wahlkommission oder die Korruptionsbekämpfungsbehörde, waren funktionsunfähig.
- Eine anhaltende Wahlkrise und ein politisches Vakuum, das langsam auch die Wirtschaft des Landes beeinträchtigte.
- Ein politischer Konflikt zwischen der Regierungsseite und ihren Gegnern, der an der Schwelle zur Gewalttätigkeit stand (*The Nation* 2006).

Seit dem Putsch betont der Nationale Sicherheitsrat (Council for National Security – CNS) gebetsmühlenartig, dass er lediglich eine Interimsregierung sein will und vorhat, binnen eines Jahres zur Demokratie zurückzukehren. Der dafür vorgelegte Zeitplan sah vor, im Oktober eine neue Regierung zu ernennen und eine Interimsverfassung vorzulegen. Mit der Ernennung von Surayud Chulanont zum neuen Premierminister und der Verkündung der Interimsverfassung Anfang Oktober hat die Militärregierung ihren Plan bislang einhalten können. Fraglich ist jedoch, ob sie es schafft, bis Juni 2007 eine neue Verfassung vorzulegen und im September ein Referendum über diese Verfassung abzuhalten, um gegen Ende des Jahres 2007 Neuwahlen stattfinden lassen zu können. An der Umsetzung des Zeitplans wird sich letztlich ablesen lassen, ob Thailand zur Demokratie zurückkehren wird.

Die Rückkehr der alten Elite

Seit dem Putsch hat die Militärregierung ihre politische Macht jedoch weiter stabilisieren können. Die alte konservativ-royalistische Elite ist nach dem Putsch an die Macht zurückgekehrt. Anfang Oktober 2006 wurde eine provisorische Verfassung in Kraft gesetzt. Demnach bleibt dem zum Council for National Security (CNS) gewandelten Militärtrat auch für die Übergangsperiode eine beträchtliche Machtfülle erhalten (Interim Constitution of Thailand 2006). So wirkt der CNS bei der Ernennung und Entlassung des Premierministers mit. Das aus ernannten Abgeordneten bestehende Parlament (National Legislative

Assembly) hat eine relativ geringe Machtfülle und kann die Regierung nicht zur Verantwortung ziehen. Der Militärerrat hat sich darüber hinaus weitreichende Mitspracherechte bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung vorbehalten (s.u.).

Als Chef der Interimsregierung wurde ebenfalls ein ehemaliger Militär berufen. Neuer Premierminister wurde General Surayud Chulanont, der ehemalige Armeechef, Angehöriger des Kronrats und Vertrauter des Königs. Hinter dem CNS und dem Regierungschef steht im Zentrum des politischen Systems König Bhumibol, der die Handlungen der royalistischen Militärregierung legitimiert. Seit ihrem Amtsantritt hat der Monarch die Regierung mehrmals öffentlich gelobt und damit den weiteren Kurs gestützt. Damit hat sich das, was Duncan McCargo als „Netzwerkmonarchie“ bezeichnet hat – ein politisches System, in dem der Monarch mit Hilfe von engen Vertrauten in Bürokratie und Militär das Regierungshandeln ganz wesentlich bestimmt –, weiter gefestigt. Darüber hinaus haben zahlreiche hochrangige Offiziere führende und entsprechend dotierte Positionen in den thailändischen Staatsbetrieben erhalten. Der Verteidigungshaushalt wurde um 30 Prozent aufgestockt.

Um ihre innenpolitische Dominanz weiter zu festigen, schuf der CNS zudem eine ca. 14.000 Mann starke Spezialeinheit, deren Auftrag sich ausschließlich auf das Inland bezieht. Thaksins Verbündete wurden hingegen von ihren politischen Positionen entfernt. So wurde der Polizeiapparat, Thaksins ehemalige Machtbasis, systematisch umgebaut. Die Aktivitäten politischer Parteien sind verboten. Gleichzeitig wurde jeglicher Protest gegen die Politik der Militärjunta unterdrückt. In den ländlichen Gebieten, in denen Thaksin nach wie vor großes Ansehen genießt, gilt weiterhin das Kriegsrecht. Lokale Rundfunkstationen wurden geschlossen und man drohte den Dorfbewohnern, die Kredite zu kündigen, die sie im Rahmen von Thaksins Kleinkreditprogramm erhalten hatten, wenn sie sich weiterhin für den abgesetzten Ministerpräsidenten einsetzten (BP, 15.2.07). Journalisten, die kritisch über die Regierungspolitik berichten, sehen sich steigendem Druck ausgesetzt. Zunächst warnte man vor gefährlichen Strömungen aus dem Umfeld Thaksins, dem man kein öffentliches Forum zuteil werden lassen dürfe. Schließlich schob man diesem Lager auch die Verantwortung für die Bombenanschläge von Silvester, bei denen vier Todesopfer und vierzig Verletzte zu beklagen waren, zu. Diese Maßnahmen sind auch Teil der Strategie, Thaksin Korruption nachzuweisen und dadurch den Putsch nachträglich zu legitimieren.

Die nachträgliche Legitimierung des Putsches und die Verfolgung von Thaksins Korruption

Der Militärregierung ist es bislang nicht gelungen, der Vorgängerregierung Korruption und Machtmissbrauch nachzuweisen und damit den Putsch auch nachträglich zu legitimieren. Bereits Ende September wurde das Asset Examination Committee ins Leben gerufen, das untersuchen sollte, in welchen Bereichen und Projekten Thaksin sich finanzielle Vorteile verschafft und Gesetzesverstöße begangen hatte. Diesem ist es bislang jedoch nur unzureichend gelungen, Beweise für die gegen Thaksin erhobenen Vorwürfe zu sammeln. Einige Beobachter führen dies darauf zurück, dass Thaksin zu geschickt vorgegangen sei, um strafrechtlich belangt werden zu können. Andere kritisieren, dass das Komitee zu wenig Vollmachten habe, um zu ermitteln. Mittlerweile hat das Komitee 13 Fälle von Korruption gegen Thaksin, seine Familie und enge Vertraute formuliert. Dabei geht es um Steuerhinterziehung und Betrug in Milliardenhöhe. Im Fall des Aufsehen erregenden Verkaufs der Shin Corp. an den Singapurer Staatsbetrieb Temasek Holdings Anfang 2006 sind bislang zwei von Thaksins Kindern zu Steuernachzahlungen in Höhe von 5,8 Mrd. THB (162 Mio. USD) verklagt worden (BP, 13.2.07). Der Anwalt von Thaksins Familie ist jedoch in Revision gegangen. Die Militärregierung hat mittlerweile angekündigt, auch weiteren Fällen von Amtsmissbrauch nachgehen zu wollen. Dabei sollen Untersuchungen zu den Menschenrechtsverletzungen im Drogenkrieg 2003 und den Menschenrechtsverletzungen bei der Lösung der Gewalt in Thailands Süden eingeleitet werden. Dies zeigt, dass die Militärregierung zusehends Schwierigkeiten hat, ihren Putsch zu rechtfertigen.

Redemokratisierung und Verfassungsreform

Auch bei der Redemokratisierung sind nur langsame Fortschritte zu erkennen. Zwar hob der CNS das Kriegsrecht Ende November in 41 von 76 Provinzen auf. In einigen ländlichen Gebieten, so in den Thaksin-Hochburgen im Norden, bleibt das Kriegsrecht jedoch erhalten. Auch die Freiheitsrechte des Einzelnen, wie die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, bleiben eingeschränkt. Ferner besteht nach wie vor eine Pressezensur. Darüber hinaus bestehen erhebliche Zweifel, ob die Militärregierung den von ihr ausgegebenen Zeitplan zur Redemokratisierung überhaupt einhalten kann bzw. will. Angesichts der Dominanz royalistisch-konservativer Eliten in den verfassungsgebenden Gremien ist darüber hinaus fraglich, ob durch die neue Verfassung überhaupt eine nach westlichen

Maßstäben vollständige Demokratie errichtet wird. Der CNS hat sich bei der Ernennung des Gremiums einen wesentlichen Einfluss erhalten, sodass in Thailand Befürchtungen aufkommen, dass die mit der Verfassung von 1997 erzielten Errungenschaften wieder zurückgenommen werden. Die Verfassung von 1997, die in Thailand als Verfassung des Volkes gepriesen wurde, sah weit reichende Reformen des politischen Systems vor, wie beispielsweise die Wahl des vormals ernannten Senats, die Bildung einer Wahlkommission zur Herbeiführung von freien und fairen Wahlen, ein neues Parteiengesetz, ein Verfassungsgericht sowie eine Menschenrechtskommission. Sie wurde damals als Meilenstein auf dem Weg zur rechtsstaatlichen Demokratie gefeiert (Klein 1997; Bowornsak/Burns 1998).

Ironischerweise haben sich jedoch gerade die unabhängigen Institutionen (Wahlkommission, Korruptionsbekämpfungsbehörde) als funktionsunfähig erwiesen (da sie mit Thaksin-Vertrauten besetzt waren) und damit dem Militär den Vorwand für den Putsch gegeben. Auch die Stellung des Senats ist in Thailand in der Diskussion. In der Vergangenheit war der Senat als unabhängiges Gremium konzipiert, dessen gewählte Mitglieder keine Verbindungen zu Parteien aufweisen und auch keinen Wahlkampf betreiben durften. Diese Vorschriften haben jedoch zu sehr großem Chaos bei den Wahlen geführt, da den Senatoren immer die Nähe zu Politikern nachgesagt wurde – eine Reformierung der Rolle des Senats dürfte folglich auf der Agenda ganz oben stehen. Zur Debatte stehen momentan auch die Neufassung des Wahlsystems und die Ernennung bzw. Wahl des Premierministers. Gerade letzteres hängt eng mit der Substanz der Demokratie zusammen, da ein lediglich ernannter Premierminister wiederum einen Rückfall in semidemokratische Strukturen bedeuten würde. Die Ernennung des Premierministers könnte den alten royalistischen Eliten und dem Militär in die Hände spielen, da dieser dann von ihrem Vertrauen abhängig sein würde. Das gewählte Parlament und die darin repräsentierten Unternehmer würden die Verlierer dieses Prozesses sein. Dieses System wird vor allem vom jetzigen Kronratsvorsitzenden Prem symbolisiert, da dieser in den 1980er Jahren (vor der eigentlichen Demokratisierung) solch einem System vorstand.

Das Ergebnis der Diskussionen ist vorerst offen. Bedenklich erscheint hierbei jedoch, dass sich die Militärregierung und alte Elite eine bedeutende Rolle bei der Verfassungsdiskussion gegeben hat. Sie bestimmte nicht nur die Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung, sondern mit Prasong Soonsiri auch ihren Vorsitzenden. Dieser weist nicht nur sehr enge Kontakte zum Kronratsvorsitzenden Prem auf, sondern auch zum König. Zudem hatte der Komiteevorsitzende

Prasong Konsultationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen bezüglich der Ausgestaltung der neuen Verfassung abgelehnt. So kann kein öffentlicher Meinungsaustausch stattfinden. Da die neue Verfassung vor Inkrafttreten allerdings einem Volksentscheid unterworfen werden muss, täte das verfassungsschreibende Komitee trotz allen Zeitdrucks besser daran, jetzt öffentlichen Forderungen Rechnung zu tragen, als die spätere Ablehnung der Verfassung zu riskieren. Ein erster Verfassungsentwurf soll Mitte Juni vorgelegt werden. Im September soll es dann ein Referendum über die neue Verfassung geben. Sollte die von dem Gremium ausgearbeitete Verfassung abgelehnt werden, behält sich der Militärrat vor, eine frühere Verfassung zu überarbeiten und in Kraft zu setzen.

Erneute Eskalation der Gewalt im Süden Thailands

Auch bei der Lösung der Probleme in Südthailand ist die Militärregierung keinen Schritt vorangekommen. Vielmehr zeigte sich bereits bei den Bombenanschlägen zum sino-thailändischen Neujahrsfest, bei dem sieben Menschen starben und mehr als 60 verletzt wurden, und bei weiteren Anschlägen im Februar, dass die Militärregierung von einer Lösung des Konflikts im Süden noch weit entfernt ist. Als vergangenen September die Militärregierung die Macht übernahm, keimte zunächst Hoffnung auf eine baldige Lösung des Konfliktes auf. Schließlich wurde Thaksin, der durch seine Politik der harten Hand maßgeblich zur Eskalation beigetragen hatte, durch den muslimischen Armeechef Sonthi ersetzt. Dieser hatte bereits unter Thaksin eigenmächtig und unter Vermittlung von Malaysias Expremierminister Mahathir Gespräche mit muslimischen Exilveteranen aufgenommen. Nach dem Putsch im September sind die Interimsregierung und der Nationale Sicherheitsrat aktiv auf die muslimische Zivilbevölkerung zugegangen, um den Konflikt zu entschärfen. Allein im November reiste Premierminister Surayud dreimal in die südlichen Provinzen, um sich bei der lokalen Bevölkerung für die Vergehen der Vorgängerregierung zu entschuldigen. Mehrere Maßnahmen der Regierung setzten die Zeichen für eine Aussöhnung: Den Opfern von Tak Bai wurden Entschädigungszahlungen in Höhe von 42 Mio. THB angeboten, die Klagen gegen die Demonstranten von Tak Bai wurden fallengelassen.

Darüber hinaus soll der lokale Dialekt Yawi als Arbeitssprache in den südlichen Provinzen eingeführt werden. Die im Jahr 2001 geschlossene Sonderverwaltungsbehörde für die südlichen Provinzen (Southern Border Provinces Administration Centre) wurde wiedereröffnet. Sogar die Einführung der Sharia wurde zur Disposition gestellt. Darüber hinaus sollen korrupte Beamte, denen Menschen-

rechtsverletzungen und Willkür vorgeworfen werden, verstärkt bestraft werden. Solange jedoch das Notstandsrecht im Süden Bestand hat, das den operierenden Polizei- und Militärkräften Immunität verleiht, ist eine strafrechtliche Verfolgung nicht möglich. Regierung und Sicherheitsrat einigen sich auch darauf, die Kooperation mit Malaysia zu verbessern. Bei seinem Staatsbesuch in Malaysia kam Regierungschef Surayud mit seinem malaysischen Amtskollegen Badawi überein, enger kooperieren und bei der Lösung des Problems zusammenarbeiten zu wollen. Da mehrere Tausend thailändische Muslime täglich in den Süden reisen und dort arbeiten, ist eine stärkere Kontrolle der porösen Grenze unablässig.

Trotz der vielen Zugeständnisse der Militärregierung und aller Hoffnungen auf eine baldige Beendigung des Kriegszustandes, eskaliert der Konflikt weiter. Allein innerhalb der ersten 90 Tage nach dem Putsch wurden 174 Zivilisten getötet und mehr als 245 Menschen verletzt. Damit liegt die Rate der täglichen Todesfälle mit zwei noch über derjenigen vor dem Putsch (1,45). Insgesamt sind seit der erneuten Eskalation des Konflikts über 2.000 Menschen ums Leben gekommen (Abuza 2007:3). Auch wenn die Militärregierung deutliche Zeichen der Aussöhnung ausgesendet hat, so steht sie doch vor dem Dilemma, dass weiterhin relativ wenig über die Akteure des Konflikts bekannt ist. Die aufständischen Gruppen im Süden haben weder ihre Ziele verkündet, noch scheinen sie zu Gesprächen mit der thailändischen Regierung bereit. Hinter den Anschlägen steht ein Netzwerk islamistischer Gruppierungen, die relativ gut organisiert sind. Ihr Ziel scheint es zu sein, einen unabhängigen Staat auf dem Gebiet des ehemaligen Sultanats Patani zu errichten und die Sharia einzuführen. Dazu bekämpft sie alle Symbole des thailändischen Staates und terrorisiert die lokale Bevölkerung, die mit dem thailändischen Staat zusammenarbeitet (Abuza 2007; Bünthe 2004). Die Militärregierung hat es mit ihrer bisherigen Doppelstrategie – Aussöhnung mit der lokalen muslimischen Bevölkerung, Bekämpfung der Aufständischen – nicht geschafft, einer Lösung des Konflikts näher zu kommen. Die erneute Eskalation der Gewalt beweist, dass die Situation der Militärregierung zunehmend entgleitet und ein Ende des Konfliktes noch lange nicht in Sicht ist.

Wirtschaftsentwicklung

Die anhaltenden Proteste im Frühjahr 2006 und der Putsch im September 2006 haben sich auf die Wirtschaftsentwicklung des Königreichs negativ ausgewirkt. Die Bank of Thailand erwartet für das Jahr 2007 nur noch eine Steigerung des BIP um zwischen 4% und 5%, das ist der schwächste Wert seit fünf Jahren.

Ursächlich für das stockende Wirtschaftswachstum sind die mangelnde Erwartungssicherheit und das Ausbleiben internationaler Investitionen. Dies hat sich auch nach dem Militärputsch nicht geändert. Zwar galt das Kabinett Surayuds ursprünglich als investorenfreundlich, sodass sich die Aussichten für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung aufhellten. Entscheidungen der Regierung und der Bank of Thailand haben jedoch ernsthafte Zweifel an der wirtschaftspolitischen Kompetenz der Regierung aufkommen lassen. Zuerst verschärfte die Zentralbank Mitte Dezember die Kapitalverkehrskontrollen, um Währungsspekulationen zu verhindern. Nachdem die Börse um 15% fiel, wurden die Maßnahmen wieder abgeschafft.

Eine weitere Hiobsbotschaft ereilte die ausländischen Investoren am 9. Januar, als die Interimsregierung ein neues Gesetz verabschiedete, das die Eigentumsrechte von ausländischen Investoren an thailändischem Kapital auf unter 50% reduzierte. Obwohl die Regierung ihre Entscheidung schnell wieder zurücknahm, blieben Investoren und Handelspartner verunsichert. Wenig zuträglich für ausländische Investoren dürfte auch die thailändische Diskussion um die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik sein. Die neue Regierung will das vom König propagierte Konzept der selbstgenügsamen Wirtschaftsentwicklung (Self Sufficient Economy) umsetzen. Im Zentrum dieses Konzepts steht die Abkehr vom unkontrollierten Wachstum und von der als „Thaksinomics“ bezeichneten Wirtschaftsentwicklung. Gefunden werden soll ein Mittelweg zwischen globaler Marktwirtschaft und lokaler Produktion. Modernisierung und Globalisierung sind erwünscht, aber nicht deren negative Einflüsse eines zu schnellen wirtschaftlichen und sozialen Wandels. Da die Umsetzung dieser Ideologie zu einem erheblichen Vertrauensverlust bei den ausländischen Investoren geführt hatte, wurde Mitte Februar Thaksins ehemaliger Stellvertreter und Finanzminister zum Sprachrohr der Regierung ernannt und beauftragt, das Konzept der Self Sufficient Economy öffentlich zu erläutern. Starke öffentliche Proteste ließen ihn jedoch wieder von seinem Posten zurücktreten.

Zusammenfassung und Ausblick

Thailands politische und wirtschaftliche Probleme haben sich durch den Putsch und die darauf einsetzende Entwicklung eher vergrößert als verringert. Die Militärregierung hat bislang auf keinem Feld wirkliche Erfolge aufzuweisen. Die Gewalt im Süden des Landes ist sogar noch eskaliert, dort ist die Regierung von einer wirklichen Lösung der Probleme noch weit entfernt. Bislang ist es

der Militärregierung auch nicht wirklich gelungen, den Putsch nachträglich zu legitimieren. Die Militärregierung hat ihre Korruptionsvorwürfe – ein Standardargument für bislang jeden Putsch in Thailand – nicht belegen können. Vielmehr zeigt sich zusehends, dass es dem Militärrat eben auch um eine Festigung der eigenen Stellung geht. Nach dem vom König mitgetragenen Putsch hat sich die royalistisch-bürokratische Elite wieder an der Macht etablieren können. Sie nutzt diese derzeit, um den zukünftigen Kurs des Landes und die Neugestaltung des politischen Systems mitbestimmen zu können.

Der Putsch, den der Monarch aktiv mitgestaltet hat, diente folglich auch einer Neuausrichtung des politischen Systems zu einem Zeitpunkt, an dem mit Thaksin ein machtvoller Gegenspieler entstanden war, der die Macht der Monarchie gefährdete. Gerade in Zeiten eines möglichen Wechsels auf dem Thron – der im nächsten Jahrzehnt ansteht – wäre eine Legitimitätslücke entstanden, die andere politische Kräfte hätten nutzen können, um den Einfluss der Krone zurückzudrängen. Die gegenwärtige Reform des politischen Systems unter dem Dach der Militärregierung könnte so auch dazu genutzt werden, traditionelle Machtstrukturen zu sichern und weitreichende Reformen zurückzunehmen. Die Vorschläge, die zur Zeit zur Reform der Verfassung in die Debatte eingebracht werden, lassen beispielsweise die Befürchtungen aufkommen, dass einige Errungenschaften, die mit der progressiven Verfassung von 1997 erreicht wurden, zurückgenommen werden. Bislang wird der Verfassungsgebungsprozess von royalistisch-konservativen Zirkeln dominiert und eine Teilnahme zivilgesellschaftlicher Akteure abgelehnt. Dadurch wächst die Gefahr, dass es im Zuge von gegenteiligen Auffassungen von Militärregierung und Zivilgesellschaft zu bestimmten Verfassungsprinzipien – Wahl/bzw. Ernennung des Premierministers, Rolle des Senats – zu Protestaktionen kommt.

Fraglich ist weiterhin, ob die thailändische Regierung überhaupt ihr Versprechen einhalten und bis Oktober ein neues Verfassungsdokument vorlegen kann und ob Neuwahlen abgehalten werden können. Sollte der Oktober verstreichen, ohne dass ein Verfassungsdokument vorliegt, ist ebenfalls mit Protesten zu rechnen. Ohnehin sind bislang noch viele Fragen ungeklärt. So ist beispielsweise immer noch nicht entschieden, ob die zwei großen Parteien an der Wahl teilnehmen können. Ein von der Militärregierung eingesetztes Sondergericht unter dem Dach des Verfassungsgerichts soll klären, ob Anklage wegen Betrugs bei den Wahlen im April 2006 gegen die Thai Rak Thai Partei und die Demokratische Partei erhoben wird. Fraglich ist auch, ob einige Politiker dieser Parteien ein Ver-

bot parteipolitischer Tätigkeiten erhalten – hierbei handelt es sich um rund 150 Politiker, die aus der Politik ausgeschlossen werden können (Murphy 2007). Eine weitere Frage betrifft die Rückkehr Thaksins. Bislang hat es Thaksin vermieden, nach Thailand zurückzukehren. Er hat auch immer wieder beteuert, seinen Abschied aus der Politik nehmen zu wollen. Aufgrund der großen Beliebtheit, seines weit reichenden Einflusses und seines immensen Reichtums ist Thaksin jedoch eine nicht zu vernachlässigende Größe in der thailändischen Politik. Hinter den Kulissen dürfte er weiterhin für beträchtliche Unruhe sorgen. Immerhin war er es, der sich als erster Politiker wirklich für die Belange der Armen und ländlichen Bevölkerung eingesetzt hat.

Literatur

- Abuza, Zachary (2007), *Trends in Thailand's Insurgency in Early 2007*. Online: http://counterterrorismbloglorg/2006/09/thailands_coup_and_the_insurgency.php (Aufruf: 12.03.2007)
- Bowornsak Uwanoo/Burns, Dwight (1998), "The Thai Constitution of 1997: Sources and Process", in: *University of British Columbia Law Review*, Vol.32, No.2, S.227-233
- Bünte, Marco (2004), „Gewalt in Thailands Süden. Ursachen und Wege zur Konfliktlösung“, in: *Südostasien aktuell*, September, S.447-456
- (2006), „Putsch in Thailand. Rückkehr des Militärs in die Politik?“, in: *Südostasien aktuell*, 6/2006, S.35-46
- Constitution (2006), *Constitution of the Kingdom of Thailand (Interim)*, Buddhist Era 2549, Unofficial Translation, Department of Treaties and Legal Affairs, Bangkok
- DCR (2006), "Statement by the Council for Democratic Reform", 19. September 2006, 23.50h. Online: <http://www.mfa.go.th/internet/document/2832.pdf> (Aufruf: 10.03.2007)
- Klein, James (1997), *The Constitution of the Kingdom of Thailand 1997. A Blueprint for Participatory Democracy*. The Asia Foundation Working Paper No.8, San Francisco
- McCargo, Duncan (2006), "Network Monarchy and legitimacy crisis in Thailand", in: *Pacific Review*, Nr.1, März, S.499-519
- Murphy, Colum (2007), "Thailand's Cracked Path to Democracy: Delivering the Junta's Tall Order", in: *Far Eastern Economic Review*, 7. March 2007. Online: www.feer.com (Aufruf: 12.03.2007)

The Nation (2006), “Must read. CNS coup White Paper. Facts about Thailand’s administrative reform on September 19, 2006”, in: *The Nation*, 12.12.2006 (Aufruf: 10.03.2007)